



30 000 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Witt  
Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlagen, Erscheinungswerte u.ä. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur: im Ausg. d. Handelt. J. V. Carl Meißel, Berlin, Ullstein-Platz. Manuskript werden nur zurückgeschickt, wenn Beleg.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlag-Zentrale Ullstein, Amt Dorothea 3600-3680, die dem Verleger Herrn A. Dorothea 3600-3680, Ullstein-Platz. Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postfachkonto Berlin 650.

# Der Kampf für Finanzregulierung.

## Geht Hosenstein freiwillig?

Das Reichsministerium tritt heute nachmittags wieder zusammen. Es handelt sich, wie in den letzten Sitzungen, um die Aufstellung eines Finanz- und Wirtschaftsprogramms der neuen Reichsregierung. Die Beratungen dürften heute zum Abschluß gelangen. Es besteht die Ansicht, daß die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftslage des Reiches wie auch über die von der Reichsregierung beschlossenen neuen Maßnahmen dem Hauptausfluß des Reichstages eingehende Mitteilungen zu machen.

Nach dem Abschluß der Beratungen im Reichsministerium wird man wohl eine endgültige Klärung des Verhältnis zum Ausland und der Reichsbank erwarten dürfen. Die Ergebnisse des Reichstages, von allem aber der früher Reichsfinanzminister Dr. Hosenstein, der dem neuen Reichsregierung hinterlassen hat, ist trauriger als dem größten Teil der Bevölkerung auch aus den Veröffentlichungen über die jüngsten Sitzungen zu ersehen gelassen hat. Wenn vorerst kein Beschluß über die bisherige Finanzpolitik möglich ist, so hat man sich in den letzten Monaten auch nur den Versuch einer Gegenwirkung durch den raschen Verkauf damit begnügt hat, das staatliche finanzielle Leben von der Notenspreng zu retten. Es wird ungeheuer schwierig sein, auch bei schonungsloser Durchführung der neuen, zum Teil wirklich bedeutsamen Steuererfolge und mit Hilfe von ersparnisreichen Maßnahmen die Reichsfinanzen einigermaßen zu retten.

Dringung zu bringen. Auf wirtschaftlichem Gebiete wird man die höchsten Anforderungen an die Sicherung des Exportes stellen müssen bei äußerster Drosselung des Imports.

Die Durchführung eines neuen Finanz- und Wirtschaftsprogramms wird aber nicht möglich sein, wenn die Maßnahmen der Regierung von der Reichsbank wechselfähig unterstützt und nicht gar durchgeführt werden. Von Herrn Hosenstein wird man es noch nicht davon sein, ihm betrüblichen Beifall nicht erweisen dürfen. In dieser Auffassung dürften die neue Finanzminister und der neue Wirtschaftsminister einig sein. Kann aber der Reichsbankpräsident, in alter Tradition auch geworden, sich auf die neue, schmerzhaften Schritte nicht einlassen, dann muß er im Reichsinteresse dementsprechend die Forderung stellen, zurückzutreten, um dem verarmten Reich ein Amt an anderen zu überlassen. Reineswegs darf er sich auf ein uns von der Seite aufzunehmendes Autonomiegebiet stützen und den Standpunkt einnehmen, daß die Reichsbank autonom, also in ihrem eigenen Willen von der Gesamtpolitik der Reichsregierung unabhängig ist und unbeeinträchtigt bleiben kann.

Herr Hosenstein wird morgen aber überlegen müssen, wozu der Finanz- und wirtschaftspolitische Kurs der neuen Reichsregierung geht. Er wird wenn er ihn nicht mitmachen kann, freiwillig zurücktreten müssen oder die Regierung wird ihn eine solche Entscheidung der Parlamentarier zu fordern haben, die einen Beschluß in der Reichsbankleitung erzwingt.

# Poincaré und Chamberlain.

Grefemann wird antworten.

Die letzte Sonntagsgespräche des französischen Ministerpräsidenten in Genève wird zunächst in Deutschland eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen. Denn man hatte nach den verschiedenen Andeutungen der französischen Presse erwartet, daß sie bereits ein positives Eingehen auf die neue Regierungslage in Deutschland enthalten würde. Das ist nicht der Fall gewesen. Man wird mitnichten die politische Note der französischen Regierung nicht einfach ignorieren, die eben erst erschienen, die voraussetzungslos im Dienst von französischen Vorkäufen dem Londoner Auswärtigen Amt übergeben werden dürfte.

Und doch ist die Rede Poincarés ein bedeutungsvolles Symptom dafür, daß die neue Regierungslage in Paris nicht ohne Chamberlain geblieben ist und daß er unter Umständen auch weitreichende Folgen für die Beziehungen zwischen Deutschland und der Genève haben kann. Es ist zunächst schon sehr interessant, daß Poincaré beinahe den gesamten französischen Brief nicht einfach ignorieren, die eben erst erschienenen Äußerungen von ihm für die Chamberlainer Seite vorausgesetzt hat. Er hat es für notwendig gehalten, ausdrücklich zu betonen, weshalb er im Augenblick an die deutsche Äußerung keine Worte nach zu reden wünsche. Welt nämlich, was er sagte, daraus der Schluß gezogen werden könnte, daß Frankreich eine Separatvereinbarung mit Deutschland hinter dem Rücken seiner Alliierten erzwänge. Diese Entschuldigungen im Hinblick auf Chamberlain, die er erklärt hat, sind für die deutsche Seite ein sehr wertvolles Zeugnis für weitere Unterhaltungen, führt außerdem gewisse Strömungen der englischen Konversation, die sich bemühen, das englisch-französische Verhältnis ungetrübt zu halten, zu bestätigen.

Berlin hinterfragendes Intrigen, die etwaige deutsch-französische Unterhaltungen als „antienliglich“ abzumitteln versuchen.

Es bedauerlicherweise aber wird die Rede Poincarés durch das, was sie nicht enthält, aber doch enthält, durch das, was sie von seiner früheren Sonntagsgespräche unterließ. Dies diesmal selbstverständlich im Vordergrund stark nationale Töne. Selbst es hat doch auch der Poincarés letzter Rede wieder um die Einziehung eines Reiches, betriebsmäßig, und noch dazu um ein Jahr, dem 10 Jahre hindurch der oberste Streikführer des deutschen Heeres kein Standort hatte. Aber gerade, wenn man das in Betracht zieht, so erscheint die Rede auffallend zurückhaltend. Man kann sich nur erlauben, das Wort „Chamberlain“ gehabt hat, den neuen Reichsminister zu einer wissenschaftlichen Diskussion über Napoleons Geist und Steinleins Politik herauszufordern. Eine solche Diskussion könnte allerdings sehr interessant werden. Denn Dr. Grefemann hat sich auf ein starkes Interesse für die Persönlichkeiten Napoleons gezeigt, und nicht bloß seine Taten und Werke schätzte, sondern hat sich ihnen auch in Wort und Schrift öffentlich auseinandergesetzt. Über so interessanten wissenschaftlichen und literarischen Quellen ist ungewöhnlich nicht die Zeit. Und in Wirklichkeit hat denn auch Poincaré diese Auseinandersetzungen nur gewählt, um seine aktuellen Fragen deutscher Politik zu behandeln. Und wahrscheinlich noch aus einem weiteren Grund. Er hat zum höchsten Interesse, jenen wahren, aber gleichzeitig sehr deutlichen Regierungserklärung Stellung zu nehmen. Und so hat er denn an eine Rede angeknüpft, um Dr. Grefemann vor seinem Reichstag zu sprechen zu lassen.

Abgesehen von dem, was es nachfolgend die französische Note enthalten wird, bedeutet also die Rede Poincarés eine Aufforderung an Grefemann zum Handeln. Und diese Aufforderung wird unterdessen durch Forderungen und Remonstrationen der französischen Regierung, die in der deutschen Regierung auf die deutsche Regierung aufgeführt wird, noch deutlichere Erklärungen abgeben. Von diesen Erklärungen wird wahrscheinlich nicht bloß der Inhalt der nächsten Poincaréschen Regierungserklärung, sondern auch die Haltung der deutschen Regierung, auch die Stellung Frankreichs zu einer möglichen Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund abhängen. Denn in Mitteilungen Frankreichs an dritte Regierungen sind als Voraussetzung für die Entschädigung Frankreichs „nouvelles déclarations“ von Poincaré, die über die Genève hinausgehen, enthalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß aus diesem Text die Gerüchte herfließen, die davon wissen wollen, daß Frankreich neue Unterfertigungen unter alle möglichen Beträge von der deutschen Regierung als Preis für den Eintritt in den Völkerbund fordert. Diese Stelle der französischen Antworten könnte aber viel zuungünstiger so ausgelegt werden, daß neue Regierungserklärungen über die Gesamtfragen der Reparation diejenige „nouvelles déclarations“ darstellen, die Frankreich abzugeben wird.

Es ist jedenfalls sehr erfreulich, daß Kaiser Dr. Grefemann entsprechend dem brennenden Ernst der Stunde sich auf seine Ehrenpflicht einlassen zu wollen wieder mitgenommen ist, auf der deutschen Regierung wieder den Bogen über ihren Reichstag zu richten, die in der Genève in die Gelegenheiten nicht auszunutzen. Der Reichsminister will, wie wir hören, schon in den nächsten Tagen eine sich

# England, Frankreich, Amerika. Chamberlain für Finanzkontrolle.

Eigene Dienst der „Berliner Zeitung“.

London, 20. August.

Am Sonntag hat Chamberlain in Birmingham bei einem Gartenfest zu Ehren seiner politischen Freunde eine Rede gehalten, die viel widerwärtig, weil sie in maßvoller Form eine Kritik zum Ausdruck bringt, die man in größeren Kreisen der konservativen Partei gegen die Reparationspolitik des Kabinetts Baldwin geltend macht. Die „Daily Mail“ bezieht Chamberlain auf Grund dieser Rede bereits als den nächsten Führer der konservativen Partei.

Chamberlain erklärte, daß er den französischen Finanzminister als Hauptgegner für einen verhältnismäßig ruhigen Fortschritt, daß er aber keineswegs von seiner Ansicht zurücktreten, daß Deutschland, das noch keinen ernsten Versuch gemacht habe, seine Reparationspflichten zu erfüllen, eine „reparationsfrage“ in der „Daily Mail“ unternehmen werde. Es sei notwendig, Deutschland ein Zahlungsvorhaben aufzuerlegen, das mit zunehmendem Wohlstand in Deutschland größere Erträge abwerfe. Ein solches Mittel sei die Abfertigung des „Zinseszinses“ zu fordern, der sich aus dem Zinseszins der deutschen Anleihe ergebe, nachdem Deutschland seine notwendige Einfuhr an Zahlungsmitteln und Rohstoffen gedeckt habe. Chamberlain mag den Vorschlag, die Zahlungsgegenstände Deutschlands nicht abzuführen zu lassen, als sehr schön finden, aber er ist der Meinung, daß die Zahlung Englands in jeder Beziehung diejenige war, die sie hätte sein müssen? Die Noten, die in letzter Zeit ausgetaucht wurden, haben einen vollkommenen Gegensatz zwischen der englischen Regierung und ihren Verbindlichen autogen treten lassen. Es ist nicht als erschreckend, daß unsere Regierung jetzt den Versuch der Unerschütterlichkeit der Reichsbank zu verweigern, nachdem sie im Januar dieser Weltung einen „vollen Erfolg“ erlitten hat. Ein solcher Versuch ist unendlich und zweifelhaft. Wenn ein solcher Einwand begründet wäre, hätte man ihn vorbringen müssen, als die Franzosen die Schritte hatten, in die Straße einzutreten, und nicht erst nach sechs Monaten. Wenn Frankreich seine Ehre und seinen Glanz für die Durchführung dieses Komplexes geradezu verpfändet hat, dann ist unsere Politik nicht länger mit Zustimmung und Vertrauen betragend. Die Regierung hat sich unendlich erweisen, eine Restriktion zu verweigern, die in den letzten Monaten unendlich, als es nicht möglich war,

Frankreich in andere Bahnen zu lenken. Auch jetzt kommt sie zu spät. Ich verlange von der Regierung Stillstand und Zurücktritt. Das Döner der Entente hängt an einem dünnen Faden; jede ungeschickte Behandlung der französischen Fragen kann diesen Faden zerreißen und damit die Welt der letzten Jahre zerstören. Ich will nicht wissen, daß Herr Chamberlain im Overcoat erklärte, daß die Regierung diese Erklärungen abgegeben habe und die Dokumente veröffentlicht wurde, ohne eine Vorstellung davon zu haben, was die nächste Schritt sein müßte, wenn man zu erwarten war, Frankreich sich nicht zu erweichen. Ich würde mich freuen, wenn Chamberlain, der sich in der Vergangenheit als ein Mann von großem Verstand und großer Energie erwiesen hat, sich jetzt nicht erweichen ließe, sondern sich für die Lösung der Reparationsfrage einsetzen würde. Herr Chamberlain hat in diesem parlamentarischen Stadium auf England's Seite die Welt zur Verwirklichung der Reparationsabhandlungen eingesetzt.

Der liberale konservativ „Observer“ hat in einer ausführlichen Wiedergabe seines Washingtoner Berichtserfahrene Stellung zu der Haltung Amerikas gegenüber den europäischen Problemen genommen. Der Berichtserfahrene hat, daß Amerika aus seiner Zurückhaltung nur herauszutreten würde, wenn England und Frankreich sich gemeinsam zu dem entschließen könnten, Amerika einzuladen, an einer Forderung der Reparationssumme teilzunehmen. Er fährt dann fort:

„Es besteht nicht die geringste Gefahr der Regierung, ihre Stellung zu ändern. Es ist kein Grund zu der öffentlichen Meinung vorhanden und keine politische Entschädigung der amerikanischen Politik in Aussicht, die geeignet wäre, einen Druck auf die Regierung auszuüben, die bisherige Haltung in den europäischen Fragen zu ändern. Sogar die unglücklichen amerikanischen Verhältnisse, die sich in mehreren Punkten des jüngsten Geschäftsabens hier bemerkbar machen und die man als Folge der europäischen Zustände bezeichnen, haben, trotzdem man erwartet, daß sie die europäische Politik der Regierung beeinflussen würden, diese Wirkung weder auf die öffentliche Meinung, noch auf die Regierung ausgeübt.“

Während die liberale Wälder Chamberlain in langen Ausführungen abhandeln, weil es unzulässig ist, in einer solchen Weise die Regierungspolitik zu behandeln, hat England gegen Poincaré, wie in den letzten Tagen, einen „Entschluß“ im Interesse des Friedens die Entente aufrecht erhalten müßte. England könne sich auf eine selbständige gegen Frankreich gerichtete Politik in der Reparationsfrage nur dann einstellen, wenn es bereit ist, sich in eine neue Opfer zu seiner Verteidigung zu bringen.

# Goldraub als System.

Hamburg, 19. August (B. Z.).

Die Franzosen nahmen gestern bei der Parzellierung des Stimmzettelraums eine willkürliche Vorgehensweise für sich. Die Stimmzettelraumbesitzer haben die Stimmzettel raubt und dort sämtliche Beträge an Reichs- und Städtebank beigetragen. Auf Verstellungen aus Wirtschaftskreisen hat die französische Generalversammlung, die die Stimmzettel raubt, ein Recht an Gold abzurufen bekommen, was sie indes nicht